

Faschismus und Protest¹

Bereits im März letzten Jahres hat der Vorstand der Marx-Engels-Stiftung eine Erklärung zum Krieg in der Ukraine veröffentlicht, der einen Monat zuvor eskaliert war. Darin sprechen wir von der Sorge, dass es zu einer Entwicklung kommen könne, wo es „die derzeitige Propaganda vermag, Teile der Friedensbewegung zu Unterstützern von Kriegen zu machen“. Und wir benennen es als Aufgabe, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem wir unsere marxistischen Einsichten einbringen, um die Friedenskräfte zu stärken.

Es fällt leider leicht zu konstatieren, dass diese Aufgabe noch nicht erledigt ist!

Proteste, die sich an den sozialen Folgen der Rüstungsausgaben und der Sanktionspolitik entzündeten, wurden als „rechts“ diffamiert und eingedämmt. Ostermarschbündnisse fielen auseinander – bzw. richtiger wäre wohl zu sagen: sie konnten gesprengt werden. Und sie konnten über einen Hebel gesprengt werden, der mittels besserer Verbreitung und Vertiefung marxistischer Einsichten dem Gegner hätte aus der Hand geschlagen werden können.

Sowohl die Friedensbewegung als auch die antifaschistische Bewegung haben sich leider als anfällig erwiesen, den klaren Blick für die Hintergründe und Zusammenhänge ihrer Kampffelder zu verlieren. Ohne die Fähigkeit, die eigene Arbeit an einem Bewusstsein für diese Hintergründe und Zusammenhänge zu orientieren, bleibt aber nicht aus, dass die „Gedanken der Herrschenden“ auch als „herrschende Gedanken“ in Friedens- und antifaschistischer Bewegung Wirkung erzielen können. Diese Wirkung beschränkt sich nicht auf die Lähmung dieser Bewegungen – was schon schlimm genug wäre – diese Wirkung ermöglicht vielmehr, dass Friedens- und Antifabewegung partiell – und konträr zu ihren Absichten – zu Werkzeugen des Gegners umgedreht werden können.

Also: In Ermangelung klarer, begründeter Einsichten über das Wesen des auszutragenden Kampfes bewirken die „Gedanken der Herrschenden“, dass eintritt, was wir in unserer Erklärung als Sorge formuliert hatten, nämlich dass Teile der Friedensbewegung zu Unterstützern von Kriegen wurden und was im Titel unserer Veranstaltung angesprochen ist: Dass sich Antifaschismus als Herrschaftsinstrument missbrauchen lässt.

Nun lässt sich im Rahmen dieses Referats nicht ausführlich und erschöpfend das vortragen, was im Rahmen des Marxismus zum Verständnis des Faschismus und als Orientierung für den antifaschistischen Kampf erarbeitet worden ist. Ich möchte aber versuchen, zumindest das Gerüst aufzuzeichnen, von dem ich überzeugt bin, dass es die Aussagen umfasst, die wir zur Orientierung nutzen müssen.

Jeden Kampf, den wir gegen einen überlegenen Gegner aufnehmen, werden wir unmöglich bestehen können, wenn wir nicht zuvor sorgfältig bestimmt haben, wer dieser Gegner ist und welche geschichtliche und gesellschaftliche Rolle ihn zum Gegner macht.

¹ Referat auf der Veranstaltung [„Antifa\(schismus\) als Herrschaftsinstrument?“](#) der Marx-Engels-Stiftung am 18.05.2023 in Wuppertal.

Eine Friedensbewegung, die meint, der Gegner wäre Putin, sein persönliches Machtstreben, sein großrussischer Chauvinismus, die wird mit ihrem Kampf die Kriegsgefahr nicht mindern.

Eine Friedensbewegung, die davon ausgeht, der Gegner wäre Baerbock, oder Strack-Zimmermann, oder ein anderer dieser Kriegshetzer, oder der Gegner wäre der Russenhasse – auch die wird im Kampf gegen den Krieg nicht erfolgreich bestehen können.

Heute in der Partei ‚Die Grünen‘ den Träger eines neuen Faschismus zu vermuten, würde wiederum den zeitweiligen Fehler der Kommunisten wiederholen, die in der Weimarer Republik die Sozialdemokraten deswegen, weil sie in ihnen zu Recht(!) den Träger monopolkapitalistischer Herrschaft und Exekutor reaktionärer Politik erkannt haben, diese auch für den möglichen Träger des Faschismus zu halten.

Und schließlich wird auch eine Friedensbewegung, die in den Rüstungskonzernen und deren Profitstreben die Quelle der Kriegsgefahr sieht, bei der Verhinderung des Kriegs letztlich versagen.

Ich nehme an, bei der ersten Aussage dürfte ich noch überwiegend Einverständnis erwarten dürfen, bei den folgenden aber zunehmend auch Zweifel. Und das ist auch verständlich, denn mir ist Kritik an den Mordsgewinnen der Rüstungskonzerne und Kritik an den Kriegshetzern in diesem Land natürlich auch sympathischer als wohlfeiler Beifall für die von den Herrschenden vorgegebene Hetze gegen ihr aktuell propagiertes Feindbild.

Aber wir machen Fehler, wenn wir nicht mehr sorgfältig zwischen Ursachen, Voraussetzungen und Bedingungen zu unterscheiden wissen. Dass Akteure wie Baerbock und co. die Aufgabe erfüllen, die Kriegspolitik der herrschenden Klasse dem Publikum zu vermitteln, ist nicht die Ursache der Kriegsgefahr, sondern eine Funktion der monopolkapitalistischen Klassenherrschaft. Und auch die Profite der Rüstungskonzerne sind nicht Ursache der Kriegsgefahr. Die Ursache der Kriegsgefahr besteht in der Gesetzmäßigkeit, mit der die Monopolbourgeoisie im Imperialismus Kriege führen wollen muss. Und es ist genau dieser Kriegsführungsbedarf des Monopolkapitals, welcher dazu führt, dass Rüstungskonzerne im Imperialismus Einfluss und Profite fordern können.

Die vergleichbare Verwechslung von Ursachen mit den Voraussetzungen und Bedingungen führt auch die antifaschistische Bewegung auf Irrwege und zu Fehlern. Faschismus ist *eine* Form, in der die Monopolbourgeoisie ihre Klassenherrschaft über den Rest der Gesellschaft ausüben kann. Die andere Form verfolgt den Weg der mehr oder weniger als freiwillig empfundenen Einbindung der Bevölkerung in die Bestrebungen, die das Monopolkapital unternimmt, um seine Zwecke zu verfolgen. Dieser Weg ist gemeinhin mit einer parlamentarisch-liberal verfassten Staatsform verbunden, darin inbegriffen mit der Rolle einer opportunistischen Sozialdemokratie und ebensolcher Gewerkschaften, usw.

Es ist der Weg, den Lenin 1916 als „politische Demokratie“ benannte und so beschrieb:

„Die Mechanik der politischen Demokratie wirkt in der gleichen Richtung. Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht – wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten.“²

Es stellt keinen Unterschied im *Inhalt* ihrer Herrschaft dar, ob die monopolkapitalistische Klasse diese in der faschistischen oder der bürgerlich-demokratische Form ausübt. Dieser Inhalt bleibt der Selbe und bestimmt sich aus den Interessen der Monopole. Der Staat des Faschismus und der parlamentarisch-liberal verfasste Staat unterscheiden sich nicht in ihrem *Klasseninhalt*, sondern in ihrer *Form*. Dimitroff stellte in seinem Referat auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale hierzu fest:

„Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur.“³

Den Unterschied zu verwischen, der in der *Form* der Herrschaftsausübung vorhandenen ist, das stellt – wie auch Dimitroff in seinem Referat bereits betonte – einen verhängnisvollen Fehler dar, der sich lähmend und zersetzend auf die Bereitschaft zum Kampf gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur auswirken muss.

Die Kontinuität des *Herrschaftsinhalts* zu übersehen, stellt einen ebenso verhängnisvollen Fehler dar, weil dieser uns daran hindert, die Ursache der Faschismusgefahr zu identifizieren als auch die Einschätzung unmöglich macht, wann nun die Monopolbourgeoisie konkret den Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Herrschaftsform anvisiert. Ohne qualifizierte Urteilsfähigkeit in diesen beiden Fragen ist es aber eine Illusion, von der antifaschistischen Bewegung mehr zu erwarten als ein vielleicht ehrenvolles, gut gemeintes, aber zwingend erfolglos bleibendes Bemühen.

Es ist entscheidend für unsere Chance, Faschismus verhindern zu können, ob wir den Hintergrund der Monopol-Entscheidung für diese oder jene Form ihrer Herrschaft zu verstehen in der Lage sind. Welche Form die monopolkapitalistische Klasse für ihre Herrschaft wählt, bestimmt sich nicht aus den Vorlieben oder politischen Neigungen der Akteure. Der Marxismus ermöglicht uns stattdessen, diese Entscheidung als Resultat der konkreten Bedingung des Klassenkampfes zu begreifen. Und „Bedingungen des

² Lenin: „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, 1916, LW 23, S.114f

³ Dimitroff: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, Referat auf dem VII. Weltkongress, 1935, zit. nach Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (ungekürzte Ausgabe), S.323

Klassenkampf“ bedeutet hierbei: Klasseninteressen einerseits und Kräfteverhältnisse andererseits.

In dem Moment, wo die herrschende monopolkapitalistische Klasse ...

- a) Ziele verfolgt und deren tatsächliche Umsetzung für unerlässlich erachtet und
- b) sich nicht sicher ist, ob deren Umsetzung im Rahmen und mit den Mitteln der parlamentarisch-liberalen Form ihrer Herrschaft noch zuverlässig zu gewährleisten ist

... in diesem Moment nimmt sie Kurs auf den Wechsel ihrer Herrschaftsform. Dann sehen die Monopole in der bürgerlichen Demokratie nicht mehr die willkommene und solide Staatsform ihrer Klassenherrschaft, sondern beurteilen sie als unzureichend und endlich unvereinbar mit den aktuellen Erfordernissen ihrer Herrschaftsausübung. Das ist die Situation, wo die Errichtung der faschistischen Diktatur akut droht. Diese Situation war in der Weimarer Republik gegen Ende der 20er Jahre eingetreten, als im Reichsverband der Deutschen Industrie auf seiner Tagung 1929 wie folgt argumentiert wurde⁴: „Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern“, dann würde gar nichts anderes übrigbleiben, als das Gebiet der Verordnungen zu betreten; dann sei ein „Ermächtigungsgesetz“ die einzige Hilfe aus dem Elend; dann müsse mit den Halbheiten Schluss sein; „Kompromisse helfen nicht mehr. Es geht ums Prinzip, ums ganze System.“ Hiermit gab der RDI dem Drang der Monopole nach einem Wechsel ihrer Herrschaftsform Ausdruck. Dieser Wechsel erfolgte dann nicht in einem Schritt, sondern in Etappen als Prozess der zunehmenden Rechtsentwicklung beginnend mit der Regierung Brüning, dessen erklärtes Ziel die Entmachtung und Ausschaltung des Parlaments war, über die folgenden Regierungen von Papen und des Reichswehrgenerals Schleicher hin zur Machtübertragung an die Faschisten vor 90 Jahren.

Die antifaschistische Bewegung muss es schaffen, diese Situation der Entscheidung des Monopolkapitals weg von ihrer bisherigen parlamentarisch-liberalen Herrschaftsform – hin zum Faschismus zu erkennen und zu verstehen. Denn dies ist der Punkt, wo die antifaschistische Bewegung mit einer Änderung ihrer Strategie reagieren muss. Bis dahin stellt die bürgerliche Demokratie die Form dar, in der das Monopolkapital seine Herrschaft ausübt. Eine Herrschaft, die dem Inhalt nach stets anti-demokratisch ist, Klassendiktatur einer verschwindend kleinen Minderheit über die Mehrheit ist, die lediglich als Demokratie maskiert wird. Bis dahin ist es folgerichtig und notwendig, wenn der antifaschistische Kampf, wenn jeglicher demokratischer Kampf die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform des Monopolkapitals kritisiert und bekämpft. Nun aber – wenn die Monopole zu dem Entschluss kommen, dass diese bürgerliche Demokratie nicht mehr vereinbar ist mit ihren Herrschaftsinteressen – nun wird es zum Bestandteil der antifaschistischen Strategie, die bürgerliche Demokratie zu verteidigen. Zu verteidigen eben als Staatsform, die mit dem Fortbestand der weiteren monopolkapitalistischen Machtentfaltung in einen – für den Kapitalismus – unlösbaren Widerspruch gerät. Demgemäß zu verteidigen gegen die Monopole und ihrem Streben

⁴ Die folgenden Zitate finden sich in „Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 50“. Zum Hintergrund vergl. Jürgen Lloyd „Der Faschismus auf dem Weg zur Macht“ in Lena Kreymann/Paul Rodermund (Hrsg.) „Eine Welt zu gewinnen“, 2018, S.169-184

nach Faschismus. Und zu verteidigen zusammen auch mit all jenen, die zwar noch nicht erkannt haben, dass der Widerspruch zwischen Monopolherrschaft und Demokratie nur durch den Sozialismus zu lösen ist, die also auch nicht bereit sind, unter dem Banner des Sozialismus zu kämpfen, die aber nun im gemeinsamen Kampf um demokratische Ziele in der Praxis Erfahrungen machen können, die ihnen auf den Weg zu dieser Erkenntnis hilfreich sein können.

Vom Verständnis für diesen notwendigen Strategiewechsel der antifaschistischen Bewegung und von der Entschlossenheit und Klugheit, mit der dies dann umgesetzt wird, hängt es ab, ob es gelingt, der Monopolbourgeoisie den Weg hin zur Errichtung der faschistischen Diktatur, zu dem sie sich entschlossen haben, noch zu verlegen.

Hier, im Zusammenhang mit der antifaschistischen Strategie ist es erforderlich, das in meinem Referat-Titel angesprochene Thema zu betrachten: Protest und – damit verbunden – die Rolle faschistischer Bewegungen.

Es liegt schlechthin in der Natur des Kapitalismus, dass Menschen, die unter den Bedingungen dieser Produktionsweise leben, Unzufriedenheit mit eben diesen Bedingungen entwickeln. Kapitalismus ist nun mal nicht dazu da, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Unzufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen und daraus erwachsend das Bedürfnis, gegen diese Verhältnisse Protest zum Ausdruck zu bringen, ist also nichts Verwunderliches. Erstaunlich wäre eher, dass solcher Protest in Deutschland nicht vielfacher und stärker zum Ausdruck kommt.

Während wir die Ursache für die im Kapitalismus gesetzmäßig aufkommende Unzufriedenheit recht unkompliziert im Kapitalismus selbst benennen können, verdient die Form, in der die Unzufriedenheit sich zeigt und dann als Protest zum Ausdruck gebracht wird, genauerer Untersuchung.

Dem Monopolkapital kommt die Unzufriedenheit – obwohl von ihm selbst hervorgerufen – ungelegen. Und dies nicht nur, weil es immer darauf bedacht sein muss, dass aus dem Protest keine ihm gefährlich werdende Kraft entsteht. Also eine Kraft, die – indem sie die Ursache für ihre Unzufriedenheit in der kapitalistischen Produktionsweise identifiziert – die Macht entwickelt, die Klassenherrschaft des Kapitals zu überwinden.

Unzufriedenheit stellt für das Monopolkapital überdies ein Problem dar für sein Streben, die ganze Gesellschaft zu den von ihm vorgegebenen Zwecken zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen zu lassen. Reinhard Opitz beschreibt dies als das monopolkapitalistische Integrationsproblem. Die ganze Gesellschaft soll gemeinsam an einem Strang ziehen, obwohl an dessen Ende nur die partikularen Zwecke des Monopolkapitals stehen.

Die Lösung für dieses Problem – und damit den Weg zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft – sucht das Monopolkapital gewöhnlich im Rahmen der parlamentarisch-liberal verfassten bürgerlichen Demokratie. Die Menschen, die emsig am Strang ziehen sollen, sollen sich so verhalten, als würden sie damit ihre eigenen Interessen verfolgen. Mithin baut es auf die ideologische Verfälschung des Interessenbewusstseins der Bevölkerung:

- „Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es uns allen gut.“

- „Unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt.“
- „Wir müssen angesichts der Krise (wahlweise kann die Krise ‚Corona‘ heißen oder auch ‚der durch nichts zu rechtfertigende Angriffskrieg Putins‘) – wir müssen angesichts der Krise jetzt alle zusammenstehen, müssen unsere individuellen Interessen auch mal einzuschränken bereit sein, jedenfalls nicht gar noch mit Streik die schwierige Lage, in der wir alle stecken, noch schlimmer machen und das ‚Gemeinwohl‘ gefährden“
- Usw.

Doch auch wenn diese Verfälschung des Interessenbewusstseins aufbauen kann auf der Tatsache, dass wir unser Leben im Rahmen der vom Kapitalismus vorgegebenen Produktionsweise reproduzieren, aufbauen kann auf der ökonomischen und ideologischen Macht des Monopolkapitals, trotzdem vermögen all diese Integrationsideologien nicht, den objektiven Interessengegensatz der Klassen im Kapitalismus verschwinden zu lassen. Irgendwann ist dann doch immer wieder der Punkt erreicht, wo Menschen sich nicht mehr durch Integrationsideologien von der realen Erfahrung abschirmen lassen, dass ihre Interessen verletzt werden. Dann entsteht ein Protestpotential von Menschen, die sich der „freiwilligen“ Integration entziehen und sich beim Ziehen am vermeintlich gemeinsamen Strang querstellen.

Das so entstehende Protestpotential verweigert sich also der Integration in ein System, das ihre Interessen verletzt. Es ist aber eine vollständig unbegründete Annahme, wenn wir davon ausgehen würden, das Protestpotential wäre sich mit seiner Verweigerung auch automatisch der Hintergründe und Zusammenhänge bewusst, die in diesem System für die Verletzung ihrer Interessen verantwortlich sind. Die Unzufriedenheit und der Protest entzündet sich an den objektiven Umständen der Monopolherrschaft. Die Ideen, mit denen die Menschen sich die Gründe ihrer Unzufriedenheit erklären, sind demgegenüber aber vielfältig und müssen keineswegs den realen Ursachen entsprechen. Es ist vielmehr einleuchtend, wenn die zuvor in die Köpfe gehämmerten Integrationsideologien dort weiter wirksam sind. Sie erzeugen zwar nicht mehr die subjektive Bereitschaft, die Durchsetzung eigener Interessen zugunsten des gemeinsamen Ziehens am Strang hintanzustellen. Aber all das, was die Integrationsideologien darüber vermittelt haben, was und wer dem „Gemeinwohl“ entgegensteht, ist deswegen ja noch nicht verschwunden. Und die Integrationsideologien haben vermittelt, dass unser aller Wohlergehen durch egoistisch streikende Arbeiter gefährdet wird, durch fremde Mächte bedroht wird, durch arbeitsunwillige Hartz-IV-Empfänger zunichte gemacht wird und zudem auch durch all jene, die mit übertriebenen humanitären oder rechtsstaatlichen Bedenken die gemeinsamen Anstrengungen zur Durchsetzung des „Gemeinwohls“ behindern.

Wie kann sich nun ein solcher Protest gegen die bestehenden Zustände äußern? Indem er einfordert, dass nun endlich mal Schluss gemacht wird mit der falschen Rücksichtnahme auf solche Bedenken und radikal durchgegriffen wird gegen all diese Feinde des Gemeinwohls!

Wir haben nun zwei Faktoren: Erstens ein Protestpotential, welches durch die objektive Herrschaftspraxis des Monopolkapitals stets erneut erzeugt wird. Also ein im Kapitalismus gewissermaßen naturgegebener Prozess. Und als zweiten Faktor die

Integrationsideologien, die für das Funktionieren der bürgerlich-demokratischen Form monopolkapitalistischer Herrschaft sorgen. Die Kombination dieser beiden Faktoren bringt das hervor, was wir als Massenpotential faschistischer Bewegungen wahrnehmen.

Faschistische Bewegungen können nun – und das ist ihre primäre Funktion – dem Monopolkapital als Werkzeug dienen, wenn dieses sich dazu entschlossen hat, die Errichtung der faschistischen Diktatur durchzusetzen. Dies zu verhindern ist eine zwingende Aufgabe der antifaschistischen Bewegung. Dabei dürfen die Antifaschistinnen und Antifaschisten allerdings nicht in die Falle tappen, nur noch die Faschisten, aber nicht mehr das reale Wesen der Faschismusgefahr zu sehen. Denn für den Fall, wo das Monopolkapital sich für den Wechsel seiner Herrschaftsform entschließt, ihm aber aus welchen Gründen auch immer keine ausreichende Massenbasis von Faschisten zur Verfügung steht, dort kann und wird es nicht auf den Übergang zum Faschismus verzichten. Es wird diesen stattdessen mittels des staatlichen Gewaltapparats und des Militärs vollziehen. Dieser Weg zur Errichtung der faschistischen Diktatur muss also von den Antifaschisten ebenso berücksichtigt und verlegt werden, um beim Ziel, Faschismus zu verhindern, nicht zu versagen. Der leider verbreiteten Haltung vieler Antifaschisten, sich auf die Bekämpfung wirklicher oder vermeintlicher Faschisten zu beschränken, sollten wir deswegen dringend entgegenwirken.

Diesem verbreiteten Fehler der antifaschistischen Bewegung liegt theoretisch wiederum die Verwechslung von Ursache und Mittel zu Grunde: Ursache des Faschismus sind nicht die Faschisten, sondern Ursache ist der Bedarf des Monopolkapitals, das gemeinsame Ziehen am Strang auch dann – und zwar per Zwang und Terror – zu gewährleisten, wenn die „freiwillige“ Integration hierfür nicht mehr gelingt. Die Faschisten sind dazu ein Mittel. Es ist sinnvoll, diesem Mittel entgegenzuwirken. Aber es ist keineswegs ausreichend, um Faschismus zu verhindern.

Faschistische Bewegungen erfüllen aber bereits unterhalb ihrer Verwendbarkeit als Machtmittel zur Errichtung der faschistischen Diktatur – also im Rahmen der bürgerlichen Demokratie – verschiedene Funktionen im Interesse der herrschenden Monopolbourgeoisie.

Neben der Funktion, fortschrittliche, demokratische Bewegungen einzuschüchtern und in ihren Kampfmöglichkeiten einzuschränken, ist insbesondere von Bedeutung, dass faschistische Bewegungen darum bemüht sind, entstehendes Protestpotential von einer Hinwendung zur wirklichen, linken Opposition abzuhalten. Die linke Opposition bietet aber (jedenfalls wenn sie klug und konsequent agiert und weil sie – wie im Kommunistischen Manifest formuliert – „Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung“ hat) die einzige realisierbare Perspektive zur Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft. D.h. nur sie bietet die Perspektive, die Ursache zu beseitigen, welche ansonsten immer wieder neue Gründe für die Unzufriedenheit der Menschen hervorbringt. Faschistische Bewegungen bewirken und bezwecken, dass das Protestpotential sich dieser Opposition nicht zuwendet. Für uns muss es ausschlaggebend sein, diese Funktion zu analysieren und zu berücksichtigen. Weder das Auftreten ihrer Akteure, noch das, was sie sagen oder ihre Programmatik ist wesentlich. Diese kann sich ändern und wird nach Maßgabe der jeweiligen Opportunität auch gewechselt. Daher führt der Versuch in die Irre, Faschisten

und nicht-Faschisten über die Inhalte ihrer Äußerungen unterscheiden zu wollen. Weder erfüllt ein Faschist, der etwas Richtiges sagt, deswegen nicht mehr seine Funktion, die ihn zum Faschisten macht, noch wird ein Mensch, der etwas sagt, was ihm als Wiederkehr „faschistischer Ideologie“ ausgelegt wird, deswegen zum Faschisten.

Soweit im Galopp die m.E. wichtigsten marxistischen Einsichten, die wir über den Zusammenhang von Protest und Faschismus gewinnen können. Welche Folgerungen sind nun daraus zu ziehen?

Erstens sollten wir aus unserem Verständnis, woraus die Quelle für das Potential faschistischer Bewegungen besteht, schließen, wie eklatant fehlgeleitet der Versuch sein muss, dem nach rechts gewendeten Protestpotential seine Unzufriedenheit auszureden; es gar für seine Verweigerung zu kritisieren, sich den Integrationsbemühungen der bürgerlichen Demokratie unterzuordnen. Solche Versuche, die ja wohl in subjektiv antifaschistischer Absicht unternommen werden, verhindern keinen Faschismus, verhindern nicht mal das Entstehen faschistischer Bewegungen, sondern bewirken objektiv das Gegenteil: Den Unzufriedenen zu sagen, sie sollten sich in den wohlstandigen Rahmen „unserer Demokratie“ eingliedern und sie und ihr Protest seien der eigentliche Feind, den es zu bekämpfen gilt, weil er böse, rechts, verschwörungstheoretisch sei – das bedeutet, wir engagieren uns als Propagandisten der Integrationsideologien des Monopolkapitals. Wir wiederholen und bestärken diese Integrationsideologien. Dies zu tun bedeutet aber – da ja zugleich die kapitalistische Ursache der stets erneut hervorgebrachten Unzufriedenheit nicht beseitigt wird – dass eine solch antifaschistisch motivierte Strategie objektiv Faschismus nicht bekämpft, sondern ihn vielmehr befördert.

Zweitens führt aber auch der anscheinend gegenteilige Weg in die Irre, der darin besteht, nun jeden Protest zu begrüßen; ihn als vermeintlich willkommenen Beitrag zu werten für eine gemeinsame Sache, der zuliebe wir alle Differenzen beiseiteschieben sollten. Faschistische Bewegungen – und nicht nur diese, sondern auch eine Vielfalt anderer Bestrebungen – erfüllen die Funktion, objektiv im Interesse der herrschenden monopolkapitalistischen Klasse, das Protestpotential, welches sich an den Zuständen der kapitalistischen Klassengesellschaft entzündet, von einer Hinwendung zur Linken, von der Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge und Gründe für die Zustände, gegen die es sich wehren will, abzuhalten.

Der Kampf zur Überwindung des Kapitalismus, zur Überwindung der Kriegsgefahr, zur Überwindung der Faschismusgefahr – der kann aber nur erfolgreich sein, wenn er von der Einsicht in die realen Zusammenhänge und Hintergründe dieses Herrschaftssystems getragen wird. In dieser Situation zu behaupten, rechts und links wären keine relevanten Orientierungen mehr, und wir sollten falsche Antworten auf die Frage nach den Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der Bewegung ebenso akzeptieren, wie die richtigen – das bedeutet die Kapitulation vor unserer Aufgabe, die wir mal korrekterweise als Förderung von Klassenbewusstsein beschrieben haben. Den Faschisten gar zuzugestehen, sie seien tatsächlich Opposition in dieser Klassengesellschaft und nicht die willkommenen Werkzeuge der Herrschenden; ihrer Demagogie zuzugestehen, sie sei genuiner Ausdruck oppositioneller Interessen (wäre also nicht die ideologische Abwehr von Klassenbewusstsein und diene nicht der

Ablenkung von einem zutreffenden Interessenbewusstsein), dies – und wenn auch nur indirekt – zuzugestehen, bedeutet der herrschaftssichernden Funktion des Faschismus Beihilfe zu leisten.

Worin besteht nun m.E. die Alternative zu diesen beiden Wegen, von denen ich hoffentlich habe zeigen können, warum es Irrwege sind – Irrwege, die uns im Kampf gegen Faschismus und Krieg nicht nur nicht weiterbringen, sondern diesem Kampf vielmehr schaden?

Rosa Luxemburg (die ja nicht dafür zur Verantwortung zu ziehen ist, welche Stiftung ihren Namen benutzt) schrieb während des Ersten Weltkriegs von der Alternative: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei⁵. Indirekt hat sie damit genau den Zusammenhang aufgezeigt, den wir in Bezug auf Krieg und Faschismus verstehen müssen. Denn Krieg und Faschismus sind die beiden Formen, in denen im Stadium des Imperialismus der Rückfall in die Barbarei auftritt. Ihr Zusammenhang besteht darin, dass sie beide in gleicher Konsequenz aus den Widersprüchen der monopolkapitalistischen Herrschaft hervorgebracht werden, solange diese Herrschaft nicht durch den Sozialismus überwunden wird.

Es wäre nun – wie gesagt – ein Missverständnis, daraus zu folgern, der Kampf gegen Krieg und Faschismus müsse unter der Fahne des Sozialismus, also auch nur mit denjenigen geführt werden, die sich zum sozialistischen Ziel bekennen; oder daraus zu folgern, dass deswegen der unmittelbare Übergang zum Sozialismus bevorstehen müsse.

Ein ebenso verhängnisvoller Fehler ist es jedoch, den Kampf gegen Faschismus und Krieg so zu führen, als gäbe es die beschriebenen Gesetzmäßigkeiten nicht; also so zu tun, als könne in der Realität dieser Klassengesellschaft unser Kampf einen Erfolg erringen, der isoliert vom Sozialismus zu erreichen wäre.

Der Fehler – es ist der Fehler des Opportunismus, der revisionistischen Demontage des Marxismus – dieser Fehler liegt beiden Irrwegen zu Grunde. Sie beruhen darauf, uns vor der Aufgabe zu verstecken, das Interessenbewusstsein der Menschen auf das höchstmögliche Niveau zu heben, die Einsicht zu fördern, dass die Interessen der Menschheit mit dem Fortbestand des Kapitalismus unvereinbar sind, Klassenbewusstsein zu entwickeln und zu stärken. Das ist aber unverzichtbarer Inhalt unseres Kampfs gegen Faschismus und Krieg.

Wie dies im konkreten Fall zu verwirklichen ist, das lässt sich nicht mit Schematismus beantworten, sondern muss Ergebnis der konkreten Analyse der konkreten Kampfbedingungen sein. Aber solche konkrete Analyse kann als Orientierung aufnehmen und sollte berücksichtigen, dass Wegducken vor unserer gerade benannten Verantwortung keine zulässige Option ist!

⁵ Rosa Luxemburg: „Die Krise der Sozialdemokratie“, 1915, in Werke Bd.4, S.62